

# Erfolgsfaktor e-Government

Interview mit Ehrhart Körting, Berliner Senator für Inneres, über die Modernisierung der Verwaltung und den e-Government-Masterplan für das Land Berlin.

*Herr Dr. Körting, was auf Bundesebene immer wieder gefordert wird, haben Sie jetzt vorgelegt: einen e-Government-Masterplan. Welche Gründe sprachen für die Erstellung dieses Plans?*

Wir wollen den Bürgern und der Verwaltung zeigen, wo es langgeht und wie Verwaltung in Zukunft arbeitet. Der Plan soll Verständnis für die politischen, organisatorischen und technischen Implikationen schaffen. Die bereits vorhandenen vielfältigen Aktivitäten in den Ressorts und den Bezirken werden zu-

zielle und technische Rahmenbedingungen müssen definiert werden. Wir haben bereits eine ganze Reihe von wichtigen e-Government-Projekten vorzuweisen, so unser Stadtportal berlin.de, und wollen diese Projekte auch weiterhin zügig vorantreiben. Eine gute konzeptionelle Grundlage, die Bürgern, Wirtschaft und den Verwaltungsmitarbeitern gleichermaßen vermittelt werden kann, ist die beste Voraussetzung für eine Realisierung der vielen einzelnen Maßnahmen, die wir in Zukunft umzusetzen haben. Wir

e-Government-Entwicklung verbunden. Wir müssen dieses Ziel vor Augen haben und entsprechende politische Vorgaben für das e-Government



Dr. Ehrhart Körting

Erste Schritte kann man bereits heute unternehmen. Dazu gehört, allen Bevölkerungsschichten einen möglichst barrierefreien Zugang zu den Informationsquellen und Dienstleistungsangeboten der Verwaltung zu bieten und durch den Aufbau einer umfassenden informationstechnischen Infrastruktur telefonische Dienste in Form von Call Centern, das Bürgerbüro vor Ort und den Zugang über das Internet gleichermaßen zu entwickeln. Unser Masterplan enthält das Konzept für eine e-Government-Architektur, die diese Zugangswege unterstützt.

## „Wir wollen mithilfe einer erfolgreichen e-Government-Strategie den Standort Berlin noch attraktiver machen.“

sammengeführt. Mit unserem Masterplan haben wir eine Grundlage für die umfassende Realisierung von konkreten e-Government-Projekten in der Berliner Verwaltung gelegt.

*Welche konkreten Ziele wollen Sie mit dem Masterplan erreichen?*

Der e-Government-Masterplan der Berliner Verwaltung hat das Ziel, die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung von Projekten in diesem Bereich zu schaffen: Rechtliche, organisatorische, finan-

wissen, dass wir mit dem Thema e-Government im Wettbewerb der Regionen stehen und wollen mithilfe einer erfolgreichen e-Government-Strategie den Standort Berlin für Bürger und Unternehmen noch attraktiver machen.

*Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert, e-Democracy, also die Beteiligung der Bürger per Internet, müsse zum Leitbild für Kommunen werden. Tragen Sie dem Rechnung?*

Mit e-Democracy ist wohl der weitestgehende Anspruch der

*Berlin ist gewissermaßen Kommune und Land. Mussten im Stadtstaat Berlin Besonderheiten beachtet werden?*

Ich habe den Eindruck, dass die e-Government-Entwicklung sehr dazu beiträgt, die Strukturen des Verwaltungsaufbaus weniger und dafür die Leistungen der Verwal-

tung als Ganzes mehr in den Vordergrund zu stellen. Das ist eine wichtige und gerade hier in Berlin ganz wesentliche Entwicklung. In den Kommunen stehen weit über 3.000 Anwendungen zur Disposition, wenn es um Möglichkeiten des e-Government geht. Die Leistungsfähigkeit des e-Government-Konzepts wird sich gerade auf dieser Ebene entscheiden, und wir haben – zum Beispiel mit einer IT-Unter-

## „Informationstechnik muss dazu beitragen, dass eine Verwaltung besser arbeitet und weniger kostet.“

stützung für die Berliner Bürgerämter – hier bereits einen Schwerpunkt gesetzt.

*Berlin hat kürzlich mit der Freien Hansestadt Bremen eine Vereinbarung zur Modernisierung der Verwaltung abgeschlossen. Welche Inhalte und Ziele hat diese Allianz?*

Wir wollen mit Bremen e-Government-Konzepte und -Lösungen austauschen und uns gegenseitig bei der weiteren Entwicklung helfen. Bremen hat wichtige Konzeptarbeit für bundesweite Lösungen, zum Beispiel im Einwohnerwesen, erarbeitet, und wir wollen diese auch in Berlin umsetzen. Umgekehrt haben wir den Eindruck, dass auch unsere Anwendungen für Bremen unmittelbar verwertbar sind. Ein entscheidender Faktor für erfolgreiches e-Government in Deutschland ist die wohlorganisierte Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen. Wir unterstützen nachdrücklich die Initiative des Bundesinnenministeriums,

hier zu einer stärkeren Kooperation zu kommen.

*Die Kassenlage Berlins ist bekannt und düster. Erwarten Sie von den e-Government-Aktivitäten einen Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts?*

Die derzeitige Kassenlage Berlins ist ein Politikum, dem gewiss nicht allein mit den Möglichkeiten des e-Government beizukommen

ist. Allerdings müssen wir uns besonders intensiv darum kümmern, die Reform der Berliner Verwaltung auch mit Hilfe des e-Government voranzubringen. Informationstechnik muss weiterhin dazu beitragen, dass eine Verwaltung besser arbeitet und weniger kostet, wie es Clinton und Gore einst formuliert haben. Eine effizient arbeitende Verwaltung ist auch ein entscheidender Erfolgsfaktor für einen attraktiven Wirtschaftsstandort Berlin.

*Bevor Einsparungen erzielt werden können, muss meist investiert werden. Was kostet die Umsetzung des Masterplans?*

Es wäre notwendig und betriebswirtschaftlich sinnvoll, die Rationalisierungspotenziale des e-Government durch entsprechende Investitionen zu erschließen. Eine umfassende Kosten-Nutzenrechnung dazu liegt uns – und wohl auch andernorts – noch nicht vor. Wir werden uns darauf konzentrieren, unsere ohnehin erforderlichen IT-Investitionen am e-Government auszurichten und zunächst gezielt in erfolgversprechende Pilotprojekte zu investieren.

*Wie ist die Finanzierung geregelt?*

Die einzelnen Bereiche der Verwaltung werden die notwendigen Finanzmittel selbst aufbringen müssen. Allerdings wollen wir den Aufbau der IT-Infrastruktur und besonders wichtige Querschnittsprojekte im Rahmen unseres Verwaltungsreform-Budgets auch zentral finanzieren.

*Der Masterplan wurde dem Senat zur Beschlussfassung vorgelegt. Wie sieht der weitere Zeitplan aus?*

Vor der endgültigen Beschlussfassung durch den Senat ist der Rat der Bürgermeister zu beteiligen. Dieser Prozess läuft zurzeit. Der Senatsbeschluss sieht vor, bis zum Jahresende die bisherige Grundlagenarbeit um eine konkrete Projektplanung zu ergänzen. So soll schrittweise das Spektrum der bereits laufenden Anwendungen erweitert und ein umfassendes Szenario des e-Government in Berlin entwickelt werden.

*Interview : Alexander Schaeff*

## Zur Person:

Dr. Ehrhart Körting, SPD, ist seit dem 16. Juni 2001 Senator für Inneres in seiner Heimatstadt Berlin. Der 60-jährige Jurist begann seine Verwaltungslaufbahn 1969 als Assessor im Bayerischen Staatsministerium der Justiz. Er war unter anderem Baustadtrat in Berlin-Charlottenburg und Vizepräsident des Verfassungsgerichtshofes des Landes Berlin. Von 1997 bis 1999 gehörte er als Senator für Justiz schon einmal der Berliner Landesregierung an.